

**SPD – Unterbezirk Lüneburg | Beschlüsse vom ordentlichen  
Unterbezirksparteitag am 22. April 2017**

**Herausgeber:  
SPD-Unterbezirk Lüneburg  
Auf dem Meere 14-15  
21335 Lüneburg  
[www.spd-kreis-lueneburg.de](http://www.spd-kreis-lueneburg.de)**

## Beschlüsse des ordentlichen UB-Parteitages des UB-Lüneburg am 22. April 2017

Nr.	Titel	Beschluss	Adressat
1	Strukturfonds für finanzschwache Kommunen	Annahme mit Änderung	SPD-Kreistagsfraktion
2	Ablehnung Rückführung afghanischer Flüchtlinge	Annahme	SPD-Landtagsfraktion, SPD-Bundestagsfraktion
3	Integriertes Mobilitätskonzept	Annahme mit Änderung	SPD-Unterbezirksvorstand
4	Personelle und Finanzielle Ressourcen für Integrationskonzept	Annahme	SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landtagsfraktion
5	Bessere Finanzausstattung der Kommunen	Annahme mit Änderung	SPD-Kreistagsfraktion,
6	Finanzierung Kindertagesstätten	Annahme mit Änderung	SPD-Landtagsfraktion
7	Abschaffung Solidaritätszuschlag	Ablehnung	
8	Innere Fachleistungsdifferenzierung für Jahrgänge 9 und 10	Annahme mit Änderung	Material für die Landtagsfraktion
9	Klassengrößen an Gesamtschulen	Annahme mit Änderung	SPD-Landtagsfraktion
10	Recyclingpapier statt illegaler Baumrodung	Annahme mit Änderung	SPD-Bundestagsfraktion

## **Strukturfonds sollen stärker für die finanzschwachen Kommunen im Landkreis verwendet werden**

Die SPD im Unterbezirk Lüneburg fordert die Kreistagsfraktion auf, dafür einzutreten, dass die eingerichteten Strukturfonds im LK-Lüneburg noch stärker als bisher für die Unterstützung der finanzschwachen Kommunen im Landkreis verwendet werden. Die Förderrichtlinien sind entsprechend zu ändern. Die Kommunen müssen stärker unterstützt werden, notwendige Infrastrukturmaßnahmen umsetzen zu können.

### **Begründung:**

Der Landkreis Lüneburg insgesamt hat sich in den letzten Jahren in allen Bereichen positiv entwickelt. Leider konnten einige Gemeinden mit dieser Prosperität nicht Schritt halten, sodass insbesondere, aber nicht nur, beim Amt Neuhaus, der Samtgemeinde Dahlenburg und Amelinghausen und der Einheitsgemeinde Bleckede strukturelle Probleme bei der Haushaltsaufstellung zu konstatieren sind.

Durch die benachteiligte räumliche Lage und die schlechte verkehrliche Anbindung sinkt und überaltert die Bevölkerung in diesen Kommunen. Verminderte Steuereinnahmen, Arbeitslosigkeit und eine überdurchschnittliche Zahl an Bürgerinnen und Bürger mit niedrigem Einkommen ist die Folge dieser Entwicklung. Die dadurch schlechte Haushaltslage des Amtes Neuhaus, der Samtgemeinde Dahlenburg und Amelinghausen und der Einheitsgemeinde Bleckede ermöglicht den Kommunen nicht mehr in allen Bereichen selbständig gegen diese negative Entwicklung gegenzusteuern, bzw. die nötige Kofinanzierung bei der Beantragung von Fördergeldern aufzubringen. Die betroffenen Kommunen des Landkreises müssen bei ihren Bemühungen unterstützt werden, den Anschluss an die positive Landkreisentwicklung nicht zu verlieren.

Dies sollte bei zukünftigen Förderrichtlinien beachtet werden. Dafür gilt es die Förderrichtlinien bei den Strukturfonds entsprechend zu ändern, damit eine größere finanzielle Unterstützung durch den Landkreis für notwendige Infrastrukturmaßnahmen möglich ist. Der Landkreis nimmt hiermit stärker als bisher, seine Ausgleichspflicht wahr.

## **Die Rückführung der "Afghanischen Flüchtlinge" ist abzulehnen**

Wir fordern die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag und im Deutschen Bundestag auf, die Rückführung abgelehnter afghanischer Asylbewerber zu unterbinden und Afghanistan nicht mehr als "sicheres Herkunftsland" einzuordnen. Die Bundesländer Niedersachsen, Bremen und Schleswig-Holstein sind übereingekommen, keine Asylbewerber mehr nach Afghanistan abzuschieben. Mehrere Bundesländer wollen sich dieser Vorgehensweise anschließen.

### **Begründung:**

Am 2. Oktober 2016 wurde zwischen der Bundesrepublik und Afghanistan eine Vereinbarung getroffen, die Zusammenarbeit im Bereich der Rücknahme der Asylbewerber zu intensivieren. In der Bundesrepublik ausgestellte Ersatzpapiere werden von der afghanischen Regierung anerkannt. Die völkerrechtlichen Standards (Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention.) sehen vor, dass Flüchtlinge einen Zugang zu einem fairen und effektiven Asylverfahren erhalten müssen. Die Abschiebung nach Afghanistan bedeutet für die Betroffenen eine Abschiebung in lebensgefährliche Zustände.

Im Januar kam es in Kabul zu mehreren Anschlägen. Die Taliban bekannte sich zu den Anschlägen. An einem einzigen Tag waren 50 Todesopfer zu beklagen, die meisten davon waren Zivilisten.

Die Angriffe der radikalislamischen Taliban richten sich gegen Vertreter und Institutionen des Staates wie Polizisten, Botschaften sowie Hotels. Auch in den Außenbezirken kommt es zu Angriffen der Taliban. Das Ziel der Terrororganisation ist die Schaffung eines islamischen Gottesstaats. Die Sicherheitslage hat sich seit Beginn des Abzugs der internationalen Truppen stark verschlechtert.

Somit ist die Aussage von Bundesinnenminister Thomas de Maiziere:

"Die Bürger seien zwar Opfer, aber nicht Ziel der Taliban" an Zynismus nicht zu überbieten.

Ein gefahrloser Aufenthalt, ein gefahrloses Leben ist in Afghanistan nicht möglich.

## **Ein Integriertes Mobilitätskonzept für das Lüneburger Land**

Der Unterbezirk unterstützt die Aktivitäten des Landkreises Lüneburg bezüglich eines Integrierten Mobilitätskonzeptes für die Zukunft. Wir möchten eine zusammenhängende bereichsübergreifende Debatte, die einzelne Themenbereiche, wie die Schleuse Scharnebeck, die A39, Alpha E, die Elbfähren, den ÖPNV, den Radverkehr, E-Mobilität usw., umfasst.

Der Parteitag fordert deshalb den SPD-Unterbezirksvorstand auf, zu dem Themenbereich Mobilität eine Arbeitsgruppe ins Leben zu rufen, die eine Fachtagung zum Thema „Integriertes Mobilitätskonzept der Zukunft für das Lüneburger Land“ organisiert. Die Tagung soll eine ganzheitliche, nachhaltige Betrachtung des Verkehrs in Erwägung ziehen und mithilfe von Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft, der Wirtschaft, der Gewerkschaften, der Politik und den Umweltverbänden die Mobilität der Zukunft beleuchten. Begleitend dazu formulieren alle Ortsvereine ihre regionalen Bedürfnisse und Ziele. Diese müssen die Grundlage des Mobilitätskonzepts sein.

### **Begründung:**

Angesichts des prosperierenden Wachstums der Region Lüneburg stellt sich die Frage, wie sich der Straßen-, Schienen-, Fahrrad-Verkehr und der ÖPNV in der Hansestadt und im Landkreis Lüneburg in Zukunft entwickeln wird. Hierbei sind neben den politischen Dimensionen des Bundesverkehrswegeplans auch die Verkehrsregion Lüneburg im Zusammenhang mit den angrenzenden Regionen, wie beispielsweise Harburg, Soltau etc., ganzheitlich zu verstehen. Die Arbeitsgruppe soll sich daher der ganzheitlichen Betrachtung des Verkehrs in der Region Lüneburg widmen.

## **Für ein gemeinsames Integrationskonzept für das Lüneburger Land ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen bereitstellen!**

Unter Integration verstehen wir einen Prozess der ganzen Gesellschaft, der Chancengleichheit und Teilhabemöglichkeiten von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ermöglicht. Wir halten ein Integrationskonzept für den gesamten Landkreis Lüneburg für dringend erforderlich. Bei der Erstellung und Umsetzung dieses Konzepts sind die relevanten Akteure der Zivilgesellschaft mit einzubeziehen. Das erfordert Personal und finanzielle Mittel in nicht geringem Umfang. Wir fordern dafür die notwendige finanzielle Unterstützung beim Bund und dem Land Niedersachsen.

### **Erklärung:**

Gelingende Integration ist eine entscheidende Voraussetzung für die Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland - und kann nur vor Ort in den Kommunen gestaltet und bewältigt werden. Diese Aufgabe muss unverzüglich und mit hoher Priorität angegangen werden, um die weitere Stärkung populistischer und rechter Tendenzen sowie die Bildung von Parallelgesellschaften mit den damit verbundenen Problemstellungen zu verhindern. Die Kommunen müssen deshalb jetzt und vollumfänglich mit den nötigen personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet werden, um diese wichtige Aufgabe angehen zu können.

## **Die Finanzausstattung der Kommunen muss verbessert werden!**

Bund und Land schreiben seit Jahren schwarze Zahlen, die Haushalte in vielen Kommunen sind aber nach wie vor defizitär. Wichtige Investitionen in Bildung und Infrastruktur sind nicht mehr möglich.

- 1) Der SPD-Unterbezirk Lüneburg unterstützt ausdrücklich die Entscheidungen der Landesregierung zur Wiedereinführung von G9, zur Schulsozialarbeit und zur schrittweisen Beitragsfreiheit für Kitas. Die Umsetzung dieser Entscheidungen wird die Kommunen in der Zukunft erheblich belasten.  
Wir fordern die Bundesregierung und das Land Niedersachsen auf, die Kommunen finanziell so auszustatten, dass sie die anstehenden Aufgaben bewältigen können, ohne andere Aufgaben wie etwa Investitionen in die kommunale Infrastruktur zu vernachlässigen.
- 2) Wir fordern das Land Niedersachsen auf, die unter Schwarz/Gelb erfolgte Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs zurückzunehmen.
- 3) Die finanzielle Situation der Kommunen im Bereich des Unterbezirks Lüneburg ist sehr unterschiedlich. Wir fordern daher eindeutige Beschlüsse, die dieser Situation Rechnung tragen.

## **Finanzierung der Kindertagesstätten**

Die Personalkosten für Kinderkrippen und Kindergärten erstattet das Land Niedersachsen. Diese Erstattung wird im Einklang mit dem Landeshaushalt erfolgen.

Das Land Niedersachsen wird aufgefordert die Qualität der Kinderbetreuung und -erziehung im Krippen- und Kindergartenbereich per gesetzlichen Standard zu gewährleisten und dabei die Arbeitsbedingungen des Personals zu verbessern.

In diesem Kontext soll die Landesregierung die Bildung der nachfolgenden Generation von Anfang an im Blick haben und die Übergänge von einer Bildungseinrichtung in die nächste erleichtern.

### Begründung:

Der UB Lüneburg begrüßt den Beschluss unserer niedersächsischen Fraktion, sich für gebührenfreie Kindertagesstätten in ganz Niedersachsen einzusetzen und erwartet eine auskömmliche Finanzierung.

Seit 2013 hat jedes Kind ab Vollendung des 1. Lebensjahres gemäß § 24 SGB VIII einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Tageseinrichtung. Kindertagesstätten (Krippen und Kindergärten) gehören selbstverständlich zur Bildungskette wie die Schulen. Sie sind Bildungseinrichtungen. Gerade der frühkindlichen Bildung kommt eine große Bedeutung zu.

Deshalb soll auch die Finanzierung von Kindertagesstätten den Schulen gleichgestellt werden.

Zur Vermeidung einer zusätzlichen, personalaufwendigen Bürokratie und zur Nutzung der Flexibilität vor Ort verbleibt das Personal weiterhin bei den Trägern der Krippen und Kindergärten.

Sie tragen auch weiterhin die Kosten für die Gebäude und die Ausstattung, um durch die Gestaltung der Gebäude und ihre Ausstattung eigene Akzente setzen zu können.



### **Solidaritätszuschlag sofort abschaffen**

Die Erhebung der Sondersteuer, genannt Solidaritätszuschlag, ist nicht erst 2020, sondern so schnell wie möglich einzustellen.

#### **Begründung:**

Der Solidaritätszuschlag war einst als Sonderabgabe für den Aufbau in den neuen Bundesländern eingeführt worden. Der Aufbau kann längst als abgeschlossen angesehen werden. Die letzte noch offene Thematik, die Angleichung der Sozialsysteme Ost und West, erfolgt durch die Beitragszahler, wie z.B. bei der Rente.

Seit dem Solidarpakt II ist der „Soli“ nichts anders mehr als eine verdeckte Erhöhung der Einkommenssteuern. Dafür gibt es keine Begründung. Fehlende oder wünschenswerte Steuereinnahmen, zum Beispiel für kostenlose Kita-Plätze könnten über direkte Steuern, wie beispielsweise durch die Wiedereinführung der Vermögens- oder die Aktualisierung der Erbschaftssteuer generiert werden.

Zur „Verteilungsgerechtigkeit“ gehört ein klares und in sich solide begründetes Steuersystem genauso wie eine transparente und nachvollziehbare Verteilung der Steuerlasten.

## **Innere Fachleistungsdifferenzierung an Gesamtschulen in der Sekundarstufe I und entsprechende Angleichung der Inhalte der Abschlüsse**

Wir fordern die Möglichkeit zur inneren Fachleistungsdifferenzierung in den Fächern Deutsch, Mathematik, Naturwissenschaften und Englisch in allen Jahrgängen der Sekundarstufe I an allen Gesamtschulen in Niedersachsen, sowie die Angleichung der Inhalte und Lektüren (beachte: nicht der Kompetenzen) in den Abschlussprüfungen der Sekundarstufe I für das G und E Niveau.

### **Begründung:**

Integrierte Gesamtschule bedeutet in der Theorie gemeinsames Lernen aller. Jedoch wird dies durch äußere Fachleistungsdifferenzierung in den Jahrgängen neun und zehn seitens des Gesetzes ausgehebelt.

Schülerinnen und Schüler müssen ab dem siebten Jahrgang in den Fächern Mathematik und Englisch, ab dem achten Jahrgang im Fach Deutsch und ab dem neunten Jahrgang auch im Fach Naturwissenschaften in zwei Niveaus eingeteilt werden.

Dass sie aber in den Jahrgängen neun und zehn in isolierten Kursen für ihr Niveau unterrichtet werden müssen, beeinträchtigt den Charakter einer Gesamtschule und das können wir als Sozialdemokraten nicht als Bildungsgerechtigkeit bezeichnen! Eine Angleichung der Inhalte und Lektüren würde die innere Fachleistungsdifferenzierung stark erleichtern.

### **Klassengrößen an Gesamtschulen**

Wir fordern, dass die Klassengrößen an integrierten Gesamtschulen und Oberschulen auf maximal 24 Schülerinnen und Schüler gesenkt werden.

#### **Begründung:**

Gesamtschulen sind derzeit verpflichtet, sofern es genügend Anmeldungen gibt pro Klasse 30 Schülerinnen und Schüler aufzunehmen. Diese Größe ist jedoch nicht zumutbar, für eine Schulform, an der Schülerinnen und Schüler aller Leistungsstufen in einer Klasse von nur einer Lehrkraft unterrichtet werden.

Die Zahl 24 kommt deshalb zustande, da an vielen integrierten Gesamtschulen in Niedersachsen nach dem Tischgruppenprinzip gearbeitet wird. Tischgruppen sind in der Regel Sitz- und Arbeitsgruppen aus je sechs Schülerinnen und Schülern. Mit 24 Schülerinnen und Schülern pro Klasse wäre es den Gesamtschulen möglich mit vier statt wie bisher fünf Tischgruppen pro Klasse zu arbeiten.

Ein weiteres Argument ist, dass der Klassenteiler an Ober- oder Hauptschulen bereits auf 28 bzw. 26 reduziert wurde. Daher wäre die Reduzierung bei integrierten Gesamtschulen und Oberschulen ein Schritt zu mehr Gleichberechtigung.

Zudem sind neben den Themen Inklusion und Integration von Flüchtlingen die Herausforderungen insgesamt stark angewachsen, wodurch die individuelle Forderung/Förderung einzelner mit einer Lehrkraft in einer Lerngruppe von 30 Schülerinnen und Schülern kaum noch möglich ist.

### **Mehr Recyclingpapier, statt illegaler Baumrodung!**

Wir fordern die grundsätzliche Herabsetzung des Mehrwertsteuersatzes von 19% auf 7% für alle Produkte aus 100% recyceltem Papier und die ausschließliche Nutzung von Umweltpapier in ALLEN parteiinternen Gremien der SPD.

#### **Begründung:**

Die Hälfte unseres genutzten Papiers ist aus „neuem“ Zellstoff, welcher durch die Rodung von Wäldern entsteht. Dadurch zerstören wir Lebensraum für Pflanzen und Tiere und erhöhen langfristig den CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Das muss nicht sein, denn schließlich besteht die Möglichkeit recyceltes Papier zu nutzen, welches qualitativ gleichwertig ist. Außerdem lassen sich die Wasser und Energiekosten zur Produktion um 60% senken (Zahlen nach Umweltbundesamt).

Wir sollten vorangehen und in unserer Partei ausschließlich auf Umweltpapier setzen und auch mittelfristig alle staatlichen Behörden, Privathaushalte und vor allem Unternehmen zum Umdenken bewegen! Deshalb ist ein reduzierter Mehrwertsteuersatz sinnvoll.